



Interviews

Datum: 27. September 2022

FDP-Fraktionschef Christian Dürr im Gespräch mit Moritz Küpper

Moritz Küpper: Am Telefon ist nun Christian Dürr, der Fraktionschef der Liberalen, der FDP im Bundestag. Guten Morgen!

Christian Dürr: Guten Morgen, Herr Küpper.

Küpper: Herr Dürr, nur um jetzt einmal Klarheit zu haben: Ist die Gasumlage tot?

Dürr: Die Gasumlage ist politisch sozusagen nicht mehr gewollt. Das muss man so klar sagen. Denn Robert Habeck hatte sie vorgeschlagen. Für Uniper kam sie jetzt schon zu spät. Das haben wir alle gemeinsam festgestellt. Deswegen braucht es ein anderes Instrument. Ich hätte mir gewünscht, dass man da insgesamt schneller ist. Das will ich offen sagen. Gleichzeitig: Wenn die Situation so schwierig ist – und wir sind in einer Ausnahmesituation; das muss man ja ehrlicherweise sagen -, deswegen hat Christian Lindner am Wochenende gesagt, dann machen wir lieber eine Gaspreisbremse.

Wichtig ist eins: Lieber direkt am Gasmarkt, lieber direkt am Strommarkt über eine Strompreisbremse – die haben wir ja politisch in der Ampel bereits beschlossen – ansetzen, als dass die Schäden entstehen, um dann im Nachhinein über Wirtschaftshilfen die Schäden wiedergutzumachen. Wichtig ist, dass wir jetzt schnell sind, und insofern sollten wir uns da schnell auf ein anderes Instrument jetzt einigen. Wie gesagt, der Bundesfinanzminister hat gesagt, dann lieber eine Gaspreisbremse.

Küpper: Über den neuen Mechanismus, wie der aussehen könnte, will ich gleich noch mit Ihnen sprechen, aber noch mal ganz kurz bei dieser Gasumlage bleiben. Sie haben gesagt, sie ist politisch tot, aber sie kommt jetzt erst einmal trotzdem.

Dürr: Das Ziel war ja, dass am Markt befindliche Unternehmen, die Erdgas nach Deutschland importieren, hier dann vertreiben, dass die auch am Markt bleiben, und das ist ja ein richtiger Ansatz. Es wäre ja furchtbar, wenn diese Unternehmen wirtschaftlich nicht mehr funktionieren und dann im Endeffekt die Gasversorgung zusammenbricht. Das ist insofern

ein richtiger Gedanke gewesen. Der Bundeswirtschaftsminister hat gesagt, er wollte ihn weiterverfolgen. Dann ging das nicht schnell genug, so muss man es ja im Nachhinein sagen. Für Uniper jedenfalls kam sie bereits zu spät. Umso wichtiger ist es jetzt, schnell zu sein und sich auf ein anderes Instrument dann zu einigen. Was mir wichtig ist, dass die Schäden, die befürchtet werden, in diesem Ausmaß gar nicht erst entstehen, dass sie möglichst minimiert werden. Denn nichts ist ja schlimmer, als dass erst großer volkswirtschaftlicher Schaden entsteht, damit man ihn dann mit Steuerzahlergeld ausgleicht.

Küpper: Schäden minimieren, das ist klar. Aber das heißt dann trotzdem, ab Samstag gilt erst einmal die Gasumlage?

Dürr: Das ist zurzeit der rechtliche Zustand. In der vergangenen Woche hat Robert Habeck ja auch noch im Bundestag gesagt, dass ein einfaches „die Gasumlage muss weg“ nicht ausreicht als Antwort, und dafür habe ich wirklich Verständnis. Jetzt sagt der Parteivorsitzende der Grünen, die Gasumlage müsse doch weg. Dann müssen wir schnell sein mit einem anderen Instrument und da lassen Sie mich, Herr Küpper, noch eines hinzufügen. Es wird allein nicht ausreichen, Bremsen einzuführen. Die Gaspreisbremse kann da eine gute Idee sein, aber sie muss verbunden werden mit einer Ausweitung der Kapazitäten am Markt. Wir haben ja zurzeit noch die Situation, dass Gas verstromt wird, möglicherweise zum Ende des Jahres sogar noch vermehrt, und dann wird es noch teurer. Man muss intelligent vorgehen. Die Preisbremse auf der einen Seite, sie muss einhergehen mit einer Ausweitung der Kapazität, und das heißt, Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke. Und ich sage, wir können uns vorstellen als FDP, dass eine Gaspreisbremse kommt. Jetzt erwarte ich aber von den Grünen, offen gesagt, auch Bewegung beim Thema Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke und ein Wiederaufstart der Kohlekraftwerke.

Küpper: Das könnte ja dann der nächste Streitpunkt in der Ampel-Koalition sein, oder mit ziemlicher Sicherheit werden. – Herr Dürr, lassen Sie uns ein bisschen nach und nach dort durchgehen, weil es – Sie haben es gesagt – gerade sehr herausfordernde Zeiten gibt. Aber gerade da braucht es ja gutes Regierungshandeln, gutes Handwerk auch, gerade in der Politik. Können Sie daher verstehen, dass es aktuell Zweifel gibt an der Bundesregierung?

Dürr: Na ja. Ich hätte mir auch gewünscht, dass wir ein Instrument vorschlagen wie bei der Gasumlage, dass man dann möglichst schnell in der Umsetzung ist und nicht erst auch Schäden entstehen, die eigentlich ja vermieden werden sollten, wie beispielsweise die faktische Zahlungsunfähigkeit von Uniper, wo dann der Staat wiederum eingreifen musste. Aber ich kann auch jeden verstehen, der sagt, warum erst die Gasumlage, die es erst mal teurer

macht, um Unternehmen dann zu retten, und im Nachhinein haben wir dann hohe Preise. Insofern wäre eine Gaspreisbremse da ein direkteres Instrument, ist ebenfalls ein Markteingriff, aber sie muss einhergehen – das ist wichtig zu wissen – mit einer Ausweitung des Angebots. Wenn man die Preise versucht, in den Griff zu bekommen, aber gleichzeitig das Angebot auch knapp ist – das knappe Angebot ist ja genau der Ausdruck... die hohen Preise sind genau ein Ausdruck - so herum muss ich es sagen - eines sehr knappen Angebots. Es muss mit einer Angebotsausweitung einhergehen und da können wir am Strommarkt einiges auf nationaler Ebene in Deutschland direkt tun. Da müssen wir jetzt schnell zu Entscheidungen kommen. Deswegen von unserer Seite: Die Gaspreisbremse wäre ein Instrument, aber sie muss damit einhergehen, dass das Angebot größer wird.

Küpper: Sie sagen, das Angebot ausweiten, meinen damit die Verlängerung der Atomkraft. Aber das Ganze bringt jetzt nicht so viel, angesichts der Knappheit. Es werden trotzdem noch hohe Kosten bleiben. Es gibt Schätzungen, verschiedenste Zahlen: Wenn diese Gasumlage jetzt fehlt, dann fehlen da 60 bis 100 Milliarden Euro. Wenn diese Gaspreisbremse, die jetzt vorgeschlagen ist, kommt, dann braucht das Geld. Woher soll dieses Geld kommen?

Dürr: Die Ausweitung des Angebots bitte ich nicht zu unterschätzen. Das ist einerseits die Ausweitung des Angebots am Strommarkt, aber wir müssen jetzt auch Perspektiven aufzeigen, wie beispielsweise wieder aus den Gasspeichern ausgespeichert wird, dass auch Gas dem Markt wieder zur Verfügung gestellt wird. Das sind ganz wichtige Instrumente. Auch das sind ja direkte Möglichkeiten.

Küpper: Gas auch wieder zu verstromen?

Dürr: Nein, aber dem Gasmarkt zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil: Ich bin sehr dafür, dass wir möglichst ganz, ganz wenig Gas verstromen. Deswegen sagte ich eingangs, Kohlekraftwerke, bis zu acht, sind da noch in der Reserve. Das fällt uns politisch allen gemeinsam überhaupt gar nicht leicht - Stichwort Klimaschutz - aber es ist in dieser Ausnahmesituation notwendig. Und die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke - das erwarten auch unsere europäischen Partner. Das bringt Reduzierung der Gasverstromung, das bringt Reduzierung auch der Strompreise, die ja auch exorbitant gestiegen sind. Und auf der anderen Seite auch die Perspektive, dass Gas ausgespeichert wird und dem Wärmemarkt zur Verfügung gestellt wird. Auch das reduziert Preise.

Dann gemeinsam mit Preisbremsen am Strom- und Gasmarkt vorübergehend. Das sind Markteingriffe, die sind jetzt notwendig. Das gemeinsam ist ein rundes Konzept. Bevor wir über große Schäden reden, die dann wieder ausgeglichen werden - volkswirtschaftliche

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Schäden bei Unternehmen, auch die privaten Haushalte, die unterstützt werden müssten mit Steuerzahlergeld - doch lieber direkt das Problem bei der Wurzel packen.

Küpper: Aber, Herr Dürr, wäre es nicht für den Klimaschutz und auch für den Koalitionsfrieden vielleicht ein Stück weit besser, nicht einfach das Dogma der Schuldenbremse aufzugeben, anstatt jetzt wieder an einer anderen Stelle zu drehen?

Dürr: Wenn Sie sagen, Schuldenbremse, das würde ja bedeuten, dass der Steuerzahler mit Geld für einen großen entstandenen volkswirtschaftlichen Schaden eintreten müsste. Und ich rate dazu, dass dieser Schaden ...

Küpper: An vielen Stellen geschieht das ja schon.

Dürr: Ja, das ist richtig. Deswegen tun wir auch einiges. Wir haben ja Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Es wird auch Wirtschaftshilfen geben. Nur die Dimension kann der Steuerzahler nicht komplett tragen aus meiner Sicht. Deswegen sollten wir den Schaden gar nicht erst so groß werden lassen und deswegen der Hinweis auf die Preisbremse, wo wir Bereitschaft erklärt haben - auch Christian Lindner als Finanzminister am Wochenende. Weil die Gasumlage nicht schnell genug gekommen ist, dann eine Preisbremse, eine direkte. Aber noch mal: Die Ausweitung des Angebots, um die kommen wir nicht herum. Denn der Schaden soll doch möglichst klein gehalten werden. Wenn Wirtschaftshilfen gezahlt werden müssen im großen Stil, das heißt ja, dass vorher großer unternehmerischer Schaden entstanden ist, und den sollten wir doch gemeinsam vermeiden.

Küpper: Der Bundeswirtschaftsminister, Robert Habeck von den Grünen, der sagt jetzt, man könne ja ein Sondervermögen machen. Dann bleibt die Schuldenbremse und man hat trotzdem Geld. Das ist ja ohnehin eine geübte Praxis schon in der Ampel.

Dürr: Ich will jetzt über die einzelnen Finanzierungsinstrumente nicht öffentlich spekulieren, weil das muss vernünftig gemacht werden. Aber noch mal: Wenn zusätzliches Geld nur zur Verfügung gestellt wird für Hilfen, weil vorher großer Schaden entstanden ist, dann kommt Politik doch eigentlich zu spät. Wir müssen doch vorher ansetzen und genau diesen Schaden jedenfalls in großem Umfang nicht entstehen lassen. Ich will niemandem was vormachen. Die Preise werden nicht auf das Vor-Krisenniveau sinken. Aber wir sollten sie möglichst stark dämpfen und werden übrigens im Winter auch auf unsere europäischen Partner auch beim Gas angewiesen sein, und die würden den Kopf schütteln, wenn wir unsererseits

nicht alles tun, um möglichst viel Energie an den Markt zu bringen. Wir müssen wirklich national hier alles mobilisieren und dazu gehört auch die Laufzeitverlängerung. Ich meine, niemandem fallen Instrumente zurzeit leicht, aber auf Dogmen zu bestehen, wäre sicherlich falsch in einer solchen Krisensituation.

Küpper: Das heißt, auch das Dogma der Schuldenbremse könnte irgendwann mal kippen. Sie sagten ja gerade, es ist falsch, auf Dogmen zu bestehen.

Dürr: Ja, das ist so. Noch mal: Es gibt da auch keine Dogmen. Nur bei der Schuldenbremse, wenn Sie es im Konkreten besprechen wollen, dann reden wir ja gleichzeitig von einem Instrument, was zurzeit die Inflation dämpft. Wenn wir weiter Scheunentore öffnen mit Steuerzahlergeld, dann würde das Inflation zusätzlich anheizen. Das ist ja der Grund, warum die Schuldenbremse in dieser Situation, in dieser hohen Inflationssituation auch eben ein Instrument der Inflationsdämpfung ist. Das darf man auch nicht vergessen. Ich wiederhole mich: Es macht wirklich Sinn, die Schäden erst nicht entstehen zu lassen. Das ist immer das Klügere, als dass der Schaden da ist, um es dann mit Steuerzahlergeld auszugleichen.

Küpper: Herr Dürr, dann zum Abschluss. Habe ich Sie richtig verstanden? Mit der FDP in der Regierung wird es auch 2023 eine eingehaltene Schuldenbremse geben, komme was wolle?

Dürr: In Bezug auf den Bundeshaushalt muss es das gemeinsame Ziel sein, weil es im Interesse unserer Volkswirtschaft ist, dort nicht die Inflation zusätzlich anzuheizen. Aber in jedem Fall – und das sehen Sie an dem Vorschlag von Christian Lindner, dass er sagt, ich habe eine Arbeitsgruppe Gaspreisbremse eingerichtet. Das sind ja Eingriffe in den Markt, die Liberalen wiederum alles andere als leichtfallen. Und genau das wünsche ich mir, dass wir das gemeinsam so bearbeiten, dass auch andere, sagen wir mal, Dogmen fallen jetzt, denn es ist wirklich notwendig, dass wir das Angebot ausweiten. Hohe Preise – das muss man immer wissen – sind ein Signal von Knappheit und dieser Knappheit sollten wir begegnen. Das heißt, die Kohlekraftwerke schnell ans Netz bringen und auch die Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.